

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl., bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mtl., für einen Monat 6.— Mtl. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13693. — **Berlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4508

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mtl., bei Platzvorschrift 3.— Mtl.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mtl. Reklame-Kolonelle 10.— Mtl. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen.

## Die preußische Regierungskrise. Zentrum und Volkspartei fordern Verbreiterung der Koalition.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittag haben die preußischen Landtagsfraktionen ihre Fraktionsbesprechungen fort. Der Beschluß der Zentrumsfraktion hat folgenden Wortlaut:

„Die Zentrumsfraktion des Landtages hält sowohl die Einbeziehung der sozialdemokratischen Fraktion wie der Fraktion der Deutschen Volkspartei in die Regierung für die staatspolitische Notwendigkeit der Stunde.“

Die Deutsche Volkspartei hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion beschließt, die große Koalition zu fordern.“

Die Sozialdemokraten lehnen, wie es heißt, einstweilen noch die breite Koalition ab. Das Berliner Tageblatt glaubt jedoch zu wissen, daß Präsident Ebert ebenso wie Sauerberg und andre sozialdemokratische Führer die Bildung eines Kabinetts der breiten Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei anstreben. Ein endgültiger Beschluß sei von den Mehrheitssozialisten noch nicht gefaßt worden. Der Vorwärts beschränkt sich auf die Mitteilung, daß die bürgerlichen Parteien fordern, daß die Sozialdemokraten ihren Widerstand gegen die breite Koalition aufheben.

Die Freiheit schreibt: „Man beachte die Abstufungen, die die Volkspartei fordert: die große Koalition, das Zentrum hält sie für die staatspolitische Notwendigkeit, die Demokraten lehnen sie ab, sind aber schließlich auch bereit, die Sozialdemokraten in die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei in der gegenwärtigen Situation ab. Das bedeutet, daß die große Koalition keine Aussicht hat, wenigstens nicht in der gegenwärtigen Situation. Die Hoffnungen der Volkspartei, die wahrscheinlich von den demokratischen Kabinettsführern geteilt wurde, auf dem Wege über Preußen auch im Reich an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen, ist also einstweilen zu Wasser geworden. Ein Provisorium würde im Reich wie in Preußen den Rechtsparteien Wasser auf die Mühle führen. Eine Regierung, die gleich bei ihrer Bildung den Wunsch nach der Verbreiterung der Basis nach rechts hin bekundet, verrät von vornherein Schwäche und gibt sich selbst auf, noch bevor sie sich an die Arbeit gemacht hat.“

Die Deutschnationalen suchen Führung mit den übrigen bürgerlichen Parteien und arbeiten auf ein rein bürgerliches Kabinett hin. Ihre Mitteilung über die Stellungnahme der Landtagsfraktion schließt mit den Worten: „Die preußische Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei wird weiterhin alles Geeignete tun, um zu verhindern, daß zur Leitung der preußischen Staatsgeschäfte ein Sozialdemokrat berufen und damit das Ergebnis der letzten Landtagswahlen in das Gegenteil verkehrt wird.“

## Erklärung der Landtagsfraktion unserer Partei.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des preußischen Landtages hat zur Regierungskrise in Preußen Stellung genommen und erklärt:

Die bisherige Regierung und der Landtag haben sich als unfähig erwiesen, die politischen, sozialen und kulturellen Probleme der Nachkriegszeit im Sinne einer den Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung entsprechenden Politik zu lösen. Während Regierung und Landtag auf ihren eigentlichen Arbeitsgebieten vollständig versagt, haben sie einer einheitlichen Reichspolitik erschwerend im Wege gestanden und sie wiederholt zu durchkreuzen versucht. Dabei traten die reaktionären Tendenzen des alten preußischen Obrigkeits- und Polizeistaats auf allen Gebieten der Verwaltung immer härter in den Vordergrund.

Eine grundlegende Aenderung ist erst dann zu erwarten, wenn die deutsche Einheitsrepublik geschaffen ist, die Regierungen der Einzelländer verschwunden sind und das Reich, gestützt auf die Verwaltungsbezirke nach wirtschaftlich-geographischen Gesichtspunkten unter Wahrung der vollen Selbstverwaltung, einheitlich geleitet wird.

Die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ist das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Parlamentarische Schachergeschäfte um Ministerposten bringen das Land diesem Ziel nicht näher. Die Vorbedingung für eine solche Regierung kann nur außerhalb des Parlaments geschaffen werden, durch den entschlossenen Willen aller Kopf- und Handarbeiter, durch die Schaffung einer einheitlichen Kampffront des gesamten Proletariats gegen die gemeinsame Front der Bourgeoisie.

Im Hinblick auf eine künftige rein sozialistische Regierung muß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre Stellung zur Neubildung des Ministeriums und zum neuen Ministerium zu wählen, daß dieses Ziel nähererzeitlich werde und nicht geschleht, was seine Erreichung erschweren könnte. An das kommende Ministerium stellt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei folgende Mindestforderungen:

1. Demokratisierung der inneren Verwaltung. Wirksamer Schutz der Republik durch Schaffung eines Geheges, wonach Beamte und Angestellte zu entlassen sind, die im öffentlichen Dienst monarchistische Auffassungen vertreten, auf Personen, die ihnen ähnlich unterstellt sind, im Sinne monarchistischer Auf-

fassungen einwirken oder kraft ihres Amtes die ihnen zugänglichen Einrichtungen in den Dienst monarchistischer Bestrebungen stellen.

2. Schnellste Vorlegung einer freiheitlichen Gemeindeverfassung.

3. Kommunalisierung des gesamten Polizeiwesens. Auflösung aller privaten Vereinigungen mit militärischem Charakter. Strengstes Verbot, für berartige Organisationen zu werden, insbesondere Auflösung der Arbeitsgemeinschaften ehemaliger Freikorps oder Regimentsangehöriger.

4. Ersetzung des menschenverachtenden Strafvollzugs durch ein humanes menschenhaltendes System des Strafvollzugs.

5. Entschlossene Fortführung der Umwandlung unseres Schulwesens zur Einheitschule. Inangriffnahme der Reform der Lehrerbildung im Sinne des § 143 der Verfassung zur Herbeiführung der Einheitlichkeit des Lehrerberufs. Sicherung der religiösen Freiheit für Lehrer und Schüler in allen Schulen. Maßnahmen gegen den Mißbrauch unseres Schulwesens, einschließlich der Hochschulen, zu monarchistischen und antirepublikanischen Zwecken.

6. Einstellung aller Zahlungen an religiöse Gemeinschaften aus Staatsmitteln.

7. Entschuldigungsloske Enteignung der Vermögen der Hohenzollern zugunsten der Allgemeinheit.

8. Energetische Maßnahmen gegen den Raubbau in der Forstwirtschaft. Selbstbewirtschaftung der Domänen und deren Ausgestaltung zu landwirtschaftlichen Musterplätzen.

9. Wirksamer Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege, insbesondere Kampf gegen Volkskrankheiten. Durchgreifende Hilfe für die Arbeitslosen, Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen. Wirksame Förderung des Wohnungsbaues. Rückstandslose Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums.

10. Sicherstellung des Existenzminimums der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Berücksichtigung der jeweiligen Lebensverhältnisse.

Die Fraktion der SPD. veröffentlicht gleichfalls eine Erklärung, in der sie sich für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ausspricht. Sie fragt die SPD. und die USPD., ob sie bereit seien, unter von ihnen angegebenen Bedingungen die Regierung in Preußen zu bilden, die sie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen würde.

Die USPD. hat jederzeit ihre Bereitschaft erklärt, an der Bildung einer rein sozialistischen Regierung teilzunehmen. Wenn aber die SPD. erklärt, eine sozialistische Regierung innen- und außenpolitisch unterstützen zu wollen, warum erklärt sie dann nicht die Bereitschaft, auch die letzten Konsequenzen zu ziehen?

## Heilmann weiß Bescheid.

In seiner Korrespondenz höhnt Heilmann über die „Erweiterung“ der Koalition, ein Wort, das bis zum Erbrechen wiederholt worden sei. Er weist auf Neußerungen hin, die Hergt auf einer Tagung der Deutschnationalen in Gießen geäußert haben soll, in denen dieser erklärte: die kommende große Partei der Rechten werde zusammen mit der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Demokratie, ja selbst mit den „guten Kräften“ der Sozialdemokratie gebildet werden. Herr Hergt bereitet demzufolge eine neue Spaltung in der Sozialdemokratie vor, indem er die „guten“ von den „schlechten“ Elementen trennt. Heilmann schreibt dazu:

„Wir können es Herrn Hergt nicht verdenken, daß er unbedingt die „guten“ Sozialdemokraten in seiner Koalition mit dabei haben will. Er braucht ein paar Vogelschützen. Auch für den Fall von Unruhen wäre ihm ein Sozialdemokrat als Innenminister ganz angenehm. Die „bösen“ Sozialdemokraten sind umgekehrt der Ansicht, daß ein Sozialdemokrat als Bekämpfer von Unruhen verfaßter auf die Seite der Arbeiter wirkt als ein Bürgerlicher, zumal die Soldateska in der Polizei noch recht lebendig ist, wie soeben der preußische Untersuchungsausschuß gezeigt hat.“

Heilmann hat mit dieser seiner Charakterisierung nicht ganz unrecht, nur wäre zu wünschen gewesen, daß ihm diese Auffassung bereits früher gekommen wäre.

## Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichstag wird heute die erste Lesung der Steuervorlagen beginnen. Nach der Erklärung des Reichsfinanzministers wird die Sitzung abgebrochen werden, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Die Aussprache wird vermutlich am Sonnabend beginnen. Es wird damit gerechnet, daß mit der ersten Lesung der Steuervorlagen und anderen Arbeiten der Reichstag bis zu Ende der nächsten Woche beschäftigt sein wird. Dann wird voraussichtlich eine Pause eintreten, am den Steuerausläufen freie Zeit für die Bearbeitung der Steuervorlagen zu geben, wofür mit einer Zeit von wenigstens 4 bis 5 Wochen gerechnet wird, so daß die zweite Lesung der Steuervorlagen im November wahrscheinlich erst im Januar vorgenommen werden kann.

## USPD. und die Regierung Wirth. Von Artur Crispian.

Als die erste Regierung Wirth durch die Demokraten und die reaktionären Zentrumsleute gesprengt war, begann wieder eine Zeit der Ratlosigkeit. Wieder war der Reichstag ausgeschaltet. Wieder wurde in allerlei Konventikeln versucht, eine neue Regierung zustande zu bringen. Wieder kam in der letzten Stunde eine neue Regierung, die zweite Regierung Wirth, zustande. Gründlicher, als es die bürgerlichen Demokraten getan haben, kann der erbitterteste Feind der bürgerlichen Demokratie die bürgerliche Demokratie nicht bloßstellen.

Die zweite Regierung Wirth nennt sich und läßt sich nennen: ein Kabinett der Persönlichkeiten. Das ist törichtes Gerede. Die Kämpfe in einem Klassenstaat spielen sich nicht zwischen Personen ab und die Klassengegensätze können auch nicht von „Persönlichkeiten“ beseitigt werden, sondern es kämpft die Klasse der Bourgeoisie gegen die Klasse des Proletariats. Für einen Mann, der politisch ernst genommen werden will, kann es gar keinen Zweifel geben, daß in einem Klassenstaat wie Deutschland, ein Kabinett von Persönlichkeiten, das, über allen Klassengegensätzen und Parteien schwebend, die Interessen des „Volksganzen“ wahrnehmen will, nicht denkbar ist.

Wie steht nun die Unabhängige Sozialdemokratie zur zweiten Regierung Wirth?

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat in ihrem Brief an die Rechtssozialisten vom 1. Oktober 1912 erklärt, eine Politik zu unterstützen, welche die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziel hat:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichende Heranziehung des Vermögens, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte.
2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich:
  - grundlegende Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatze der Verhältniswahl;
  - gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten, im öffentlichen Dienst Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden.
3. Fortführung der Sozialpolitik.
4. Sozialisierung des Vergbaues.
5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatus zu erfüllen.

Wird Wirth diese bescheidenen Forderungen in sein Regierungsprogramm aufnehmen? Die Unabhängige Sozialdemokratie erwartet von der zweiten Regierung Wirth Taten. Die Regierung kann unmöglich länger ausweichen. Sie muß jetzt Farbe bekennen. Die erste politische Handlung der Regierung, die formale Rechtsverwahrung gegen den Entschluß über Ober Schlesien, war ein bedauerlicher Mißfall in die Methoden der Regierung Fehrenbach-Simons.

Betrachten wir einzelne Persönlichkeiten des Kabinetts der Persönlichkeiten.

Da ist der Reichswehrminister Gessler. Ein politisch schwächlicher Mensch, ein geistiges Werkzeug der monarchistisch geführten Reichswehr. Darum stellt sich die Führung der Reichswehr auch mit gezücktem Schwert schützend vor ihn. Gessler, dessen monarchistische Knechtseligkeit soweit geht, die Beteiligung von Reichswehrsoldaten an monarchistischen demonstrierenden Begrüßungsfeierlichkeiten zu dulden. Da ist der Ernährungsminister Hermes. Ein getreuer Diener der Agrarier. Seine Ernährungs politik hat zur unerhörten Verteuerung aller Lebensmittel und zur unzulänglichen Versorgung der Arbeiter geführt. Dafür konnten die Agrarier Milliarden an Extraprofiten einheimen. Herr Hermes ist nun auch Finanzminister geworden und wir zweifeln nicht daran, daß er bestrebt sein wird, auch die Großkapitalisten zu schonen und ihnen Extraprofite zu ermöglichen. Alles um der ausgleichenden demokratischen Gerechtigkeit willen, denn was den Agrariern recht war, muß doch den Großkapitalisten billig sein. Der neue Justizminister, der Rechtssozialist Adbruch, steht vor einer Aufgabe, die er als Persönlichkeit gar nicht lösen kann, selbst wenn er ein politischer Herkules wäre. Die Klassenjustiz in Deutschland kann von einem Reichsjustizminister, vorausgesetzt daß er dazu fest entschlossen ist, nur überwunden werden unter dem stärksten Druck des klassenbewußten Proletariats unter Anwendung parlamentarischer und außerparlamentarischer Mittel.

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Monarchisten ist völlig bedeutungslos. Herr Verdenfeld hat